

# Eine schallende Ohrfeige für Uber

Frankfurter Landgericht gibt Taxi Deutschland in allen Punkten Recht

Es war kurz vor Weihnachten, am 19. Dezember. Ursprünglich war das Urteil schon eher erwartet worden, doch dann hatte das Gericht die Urteilsverkündung auf diesen Termin vertagt. „Ein großer Tag für den Verbraucherschutz und die Verkehrssicherheit in Deutschland“, sagte Taxi Deutschland nach dem Urteil. Das Landgericht Frankfurt hat der Klage gegen Uber in allen Punkten stattgegeben. Damit schiebt das Landgericht den kontinuierlichen Gesetzesverstößen von Uber in Deutschland einen Riegel vor.

## Das Urteil im Einzelnen

Uber wurde mit sofortiger Wirkung untersagt, über die App Aufträge an Subunternehmen (Mietwagenfirmen) zu übermitteln. Es gehört zu den juristischen Spielregeln in Deutschland, dass der Gewinner vor Gericht trotzdem eine Sicherheitsleistung hinterlegen muss, um den Fortgang des Verfahrens zu gewährleisten. In dem Fall muss Taxi Deutschland 150.000 Euro hinterlegen. Damit kann für jede weitere durch Uber vermittelte Fahrt ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro verhängt werden.

Das Gericht war der Auffassung, dass Uber in Deutschland keine Erlaubnis zur Personenbeförderung habe. Uber legt den Fahrpreis fest, bestimmt den Fahrer und kassiert das Fahrtentgelt. In Kombination mit dem werblichen Auftritt der Firma muss ein Fahrgast davon ausgehen, von Uber befördert zu werden. Somit ist Uber ein Per-



TÜXEN

sonnenbeförderungsunternehmen, das eine gültige Genehmigung braucht. Dieter Schlenker, Vorsitzender der Genossenschaft Taxi Deutschland, die die gleichnamige App betreibt, sagte dazu: „Erneut wurde gerichtlich festgestellt, dass gleiches Recht für Klein- und Großunternehmen gilt. Uber hat in Deutschland keine Genehmigung für die Personenbeförderung. Das Unternehmen legt aber Fahrpreise fest und kassiert den Fahrpreis.“

Zudem plakatiert das Unternehmen in den Städten großformatig mit der Marke Uber und vermittelt so Fahrgästen den Eindruck, die Fahrten selbst durchzuführen. Erst im Kleingedruckten, also aus der plakatüblich fernen Betrachtung nicht lesbar, wird darauf hingewiesen, dass die Fahrten nicht selbst durchgeführt werden. Durch diese Vorgehensweisen kann Uber kein reiner Vermittler sein – und das hat das Gericht bestätigt.“

## Die Folgen des Frankfurter Urteils

Das Urteil kommt all jenen zugute, die sich schlecht allein gegen Großkonzerninteressen wehren können. Dies sind die rund 21.000 Kleinunternehmer, Mitarbeiter in 700 Taxizentralen und rund 255.000 Taxifahrer in Deutschland. Sie arbeiten in guten Jobs, verdienen Mindestlohn und erhalten soziale Sicherheit. Außerdem betrifft das Urteil alle Verbraucher. Denn das von Uber dauerhaft missachtete Personenbeförderungsgesetz dient dem Verbraucherschutz.

Uber kündigte weitere rechtliche Schritte an und darf damit zunächst weiter fahren. Außerdem änderte das Unternehmen sein Modell, damit das Angebot nach dem Gerichtsurteil nicht gestoppt werden kann. Prozesse wurden, so die eigene Darstellung, neu aufgesetzt. Dies habe man bereits nach der Gerichts-

verhandlung im November vorbereitet. Demnach arbeitet Uber nur noch mit einem Mietwagenunternehmen pro Stadt zusammen, dass dann auch die Preise festlegt. Zu dem Zeitpunkt des Entstehens dieser Zeilen sind die praktischen Konsequenzen noch unklar. Ein weiteres Mal behauptete Uber öffentlichkeitswirksam, sich von nun an an die Rückkehrpflicht halten zu wollen.

Dieter Schlenker sagte weiter: „Das Frankfurter Urteil ist selbst wichtig für Bürger, die nie Taxifahren: Denn im Gegensatz zu internationalen Großkapitalunternehmen zahlt der deutsche Taxi- und Mietwagenmarkt jährlich über zwei Milliarden Euro an Steuern, Abgaben und (Sozial-)Versicherungen. Uber nutzt die Infrastruktur, ohne selbst für ihren Erhalt Abgaben zu leisten und drückt sich um Mindestlohn und Sozialabgaben.“